

DDR-Medien im Spannungsfeld von Gesellschaft und Politik

Christoph Classen

Die Geschichte der Massenmedien ist in Deutschland – so sie überhaupt geschrieben worden ist – lange Zeit vorwiegend mit einem politikhistorischen Zugriff geschrieben worden. Das ist insofern konsequent, als es lange Zeit dem Anspruch der Politik entsprach, die Medien zu regulieren und sie für ihre politischen Zwecke nutzbar zu machen. Besonders gilt dies naheliegenderweise für die diktatorischen Systeme, also den Nationalsozialismus und die DDR, deren Vertreter nie einen Zweifel daran gelassen haben, dass sie in den modernen Massenmedien, sei es Radio, Zeitung oder Film und Fernsehen, vor allem ein Instrument zur Durchsetzung ihrer politischen Programmatik gesehen haben. 1950, als sich der Kalte Krieg in seiner ersten Hochphase befand, erklärte der damalige Chefredakteur des *Neuen Deutschland*, Rudolf Herrnstadt, Aufgabe seiner Zeitung sei nicht, »Menschen zu unterhalten« oder »Geld zu verdienen«. Vielmehr werde das *Neue Deutschland* herausgegeben, »um einen politischen Kampf zu führen«. Es handele sich um »eine politische Institution, die aus Zweckmäßigkeitsgründen den Charakter einer Zeitung trägt, und nicht umgekehrt eine Zeitung, die sich aus Zweckmäßigkeitsgründen mit Politik beschäftigt«.¹

Damit war umschrieben, was den Charakter der »Presse neuen Typs« ausmachen sollte, nämlich ihre alleinige und unbedingte Verpflichtung auf die politischen Ziele der Partei. Diese Äußerung, die man ähnlich auch auf andere Medien beziehen könnte, ist in ihrer Zuspitzung gewiss charakteristisch für eine bestimmte, hochstalinistische Phase der jungen DDR. Sie stellt aber auch nur eine extreme Zuspitzung des politischen Steuerungs-, Regulierungs- und Instrumentalisierungsanspruches dar, durch den sich alle politischen Systeme in Deutschland, vom Kaiserreich bis in die Bundesrepublik ausgezeichnet haben. Noch die Versuche Konrad Adenauers aus den späten 1950er Jahren, unter einem privatwirtschaftlichen Mäntelchen eine Art »Regierungsfernsehen« zu etablieren, sind spürbar Ausfluss einer älteren, im Kern illiberalen politischen

¹ »Unsere Presse – die schärfste Waffe der Partei. Referate und Diskussionsreden auf der Pressekonferenz des Parteivorstandes der SED vom 9.–10. Februar 1950 in Berlin«. Zitiert nach Herrmann 1963, 39.

Kultur, die uns heute fremd geworden ist: Medien hatten demzufolge zuvorderst der Staats- (oder Partei-)Räson zu gehorchen, während alle anderen Funktionen kommerzieller, unterhaltender und sonstiger Art, wie sie heute dominieren, sich dem politischen Primat unterzuordnen hatten. Die »Spiegel-Affäre« kann gewissermaßen als Endpunkt dieser Tradition in der Bundesrepublik interpretiert werden.

Diesem Selbstverständnis der Politiker sind, wie bereits erwähnt, auch die meisten Historiker gefolgt. Dies gilt gerade für die Mediengeschichtsschreibung der DDR nach 1990. Das Ende des Kalten Krieges erzeugte eine Renaissance scheinbar längst überholter totalitarismustheoretischer Ansätze. Schließlich haben die klassischen Totalitarismustheorien die Existenz eines Nachrichtenmonopols und die Unterordnung der Informationspolitik unter die staatlichen beziehungsweise ideologischen Instanzen zu einem der zentralen Merkmale totalitärer Herrschaft erklärt. Das illustriert etwa der Merkmalskatalog von Carl J. Friedrich und Zbigniew K. Brzezinski, der bekanntlich neben einer offiziellen Ideologie, der Existenz einer Einheitspartei und einer Geheimpolizei sowie einer zentralen Wirtschaftslenkung »a technologically conditioned near-complete monopoly of control, in the hands of the party and its subservient cadres, of all means of effective mass communication, such as the press, radio, motion pictures« (Brzezinski; Friedrich 1965, 10) zu einem der wichtigsten gemeinsamen Kennzeichen von totalitären Diktaturen und zu einem distinkten Unterscheidungsmerkmal von früheren despotischen Regimes erklärt.

Dem Paradigma folgte nach 1990 die Mehrzahl nicht nur der publizistischen, sondern auch der wissenschaftlichen Auseinandersetzungen zu Medien in der DDR. So übernimmt die wohl einflussreichste Gesamtdarstellung zur DDR-Mediengeschichte bereits im Titel die zeitgenössische Stilisierung, die Massenmedien hätten als »schärfste Waffe der Partei« fungieren können. (Holzweißig 2002) Zum zentralen Begriff vieler dieser Arbeiten avancierte »Propaganda«, ein meist pejorativ konnotierter Begriff, dessen Trennschärfe gegenüber anderen Formen persuasiver Kommunikation wie beispielsweise »Werbung« oder »Öffentlichkeitsarbeit« gleichwohl fraglich ist. (Arnold 2003) Schwerer noch wiegt, dass damit die Untersuchungsperspektive auf die Medienangebote und deren intentionale Aspekte festgelegt bleibt. Selbst in den eher seltenen Fällen, bei denen dieses Muster durchbrochen wird und gesellschaftliche Perspektiven einbezogen werden, bleibt der Fragehorizont in der Regel auf im engeren Sinne politische Fragen beschränkt.

Nicht zuletzt unsere eigene Alltagserfahrung als Mediennutzer und -konsumenten spricht gegen ein derart verkürztes Verständnis von Massenmedien als Agenten politischer Öffentlichkeit. Die höchsten Einschaltquoten erzielen im Fernsehen regelmäßig Sportsendungen und andere Unterhaltungsprogramme. Das Radio, längst zum »Sekundär-Medium« geworden, liefert, von wenigen Nischen- und Zielgruppenprogrammen abgesehen, vor allem Musikprogramme, nur gelegentlich unterbrochen von einem Minimum an Information. (Jenke 1999) So unverzichtbar zweifellos eine kritische, breit rezipierbare und prinzipiell zugängliche politische Öffentlichkeit für das Funktionieren von Demokratien ist, so wenig geht der alltägliche Gebrauchswert der Massenmedien in dieser Funktion auf. Zwar kann man mit einigem Recht einwenden, dass neben den Angeboten auch die Nutzungsmuster erst Ergebnis sich wandelnder historischer Konstellationen und Diskurse sind. Allerdings deuten schon die anhaltenden kulturkritischen Diskussionen, die die Etablierung der modernen Massenmedien begleitet haben, darauf hin, dass Bedürfnisse nach Unterhaltung keineswegs ein neues Phänomen darstellen. Und ebenso wenig gibt es klare Indizien dafür, dass sich diese Präferenzen zwischen unterschiedlichen politischen Systemen prinzipiell fundamental unterscheiden. (Meyen 2001)

Die Fixierung auf das Politische verkennt die ambivalente Rolle, die den Massenmedien in der Diktatur zugekommen ist. Den Ansprüchen der Parteispitze, die Medien zur Mobilisierung der Gesellschaft und zur Herstellung von »sozialistischem Bewusstsein« zu nutzen, standen auf Seiten der Bevölkerung andersgeartete Nutzungspräferenzen und -gewohnheiten gegenüber, die die Verantwortlichen – ebenso wie die Eigenesetzlichkeiten der Medien – nicht auf Dauer vernachlässigen konnten, wollten sie nicht riskieren, große Teile des Publikums zu verlieren.² Massenmedien wohnt eo ipso ein partizipatorisches Element inne, weil sich ihr Konsum nur schwer oder gar nicht steuern lässt – Zeitungen, Radio und Fernsehen werden zumeist im privaten Rahmen angeeignet. Verschärft wurde diese Situation im Falle der DDR noch durch die mediale Konkurrenzsituation im deutsch-deutschen Konflikt. Über die elektronischen Medien Radio und Fernsehen war der Westen in der DDR permanent präsent, was die angestrebte Kontrolle über den öffentlichen Raum a priori einschränkte. (Vgl. Schildt 1998, Ruchatz 2005)

² Vgl. dazu Marßolek; von Saldern 1998^a sowie Dies. 1998^b.

Aus diesem Grund möchte ich im Folgenden für einen erweiterten analytischen Zugriff auf die DDR-Medien plädieren, der die politische Dimension zwar nicht ausblendet, sie aber relativiert. Der angebots- und institutionenzentrierte Ansatz wird dafür durch das Dispositiv-Modell ersetzt, der Medien und Mediensysteme als komplexe Beziehung von technischen, inhaltlichen und Rezeptionsaspekten konzeptualisiert. (Hickethier 1995) Politische und kulturelle Bedingungen stellen dabei nur eine Größe unter mehreren dar, insbesondere wird die Nutzungsperspektive zu einem zentralen Faktor. Die Analyse konzentriert sich dabei auf die Relationen und Wechselwirkungen zwischen den unterschiedlichen Elementen des Dispositivs und ihren Wandel im Laufe der Zeit. Dadurch wird es nicht zuletzt möglich, die Vorstellung weitgehend statischer Verhältnisse zu überwinden, wie sie insbesondere der kategoriale totalitarismustheoretische Ansatz von Friedrich/Brzezinski nahe legt. Stattdessen ist nach den politischen und medialen Dynamiken zu fragen, die auch in der DDR im Verlauf ihrer 40-jährigen Geschichte die Kommunikationskultur geprägt und verändert haben. Schließlich ist diese Geschichte nicht voraussetzungslos, sondern sie muss im Kontext des umfassenden Medialisierungsprozesses interpretiert werden, also der breiten Durchsetzung der modernen Massenmedien seit dem späten 19. Jahrhundert.

Der politische Auftrag der Medien

Wenn man die wissenschaftlichen und publizistischen Ausführungen zu den DDR-Medien liest, die nach 1990 entstanden sind, stößt man häufig auf einen skandalisierenden Gestus. Aufhänger sind dabei zumeist offensichtliche Lügen, Tabus und Euphemismen, mit deren Hilfe versucht wurde, ungelöste Probleme, unliebsame Entwicklungen und konkurrierende Deutungen vor einer breiten Öffentlichkeit zu verbergen oder positiv umzudeuten. Jenseits von Einzelfällen besteht das eigentliche Skandalon dabei stets darin, dass es in der DDR keine unabhängige, kritische Medienöffentlichkeit gegeben hat.

Die Empörung über die Informations- und Medienpolitik ist insbesondere aus der Sicht der Betroffenen in der Zeit nach dem Zusammenbruch der DDR gut verständlich. Aus wissenschaftlich-distanzierter Perspektive muss sich allerdings jede Darstellung, die diesem Muster folgt, vorwerfen lassen, das Selbstverständnis der historischen Akteure

zu verfehlen und das westlich-liberale Ideal publizistischer Unabhängigkeit mehr oder minder offen zur Norm zu erklären. Denn bekanntlich hat dieses Ideal, das sich im Übrigen – wie oben bereits angedeutet – auch in Westdeutschland erst mühsam durchsetzen musste, in der DDR nie eine Rolle gespielt. Die kommunistische Einstellung dazu lässt sich pointiert mit dem Diktum umschreiben, »Pressefreiheit ist die Freiheit von 200 reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten. (...) Frei ist, wer reich ist.«³ Das Kapital, so die ideologiekonforme Annahme, werde sich in liberalen Systemen stets die Meinungsführerschaft sichern. Aus dieser Perspektive erschien die westdeutsche Presse nie als frei, sondern lediglich als mehr oder minder dekuviertes Instrument der Bourgeoisie im Kampf gegen das Proletariat.

Die Konsequenz daraus lautete nicht anders als in anderen Gesellschaftsbereichen der DDR: Als Schlüssel zu einer wahrhaft befreiten Gesellschaft wurde auch im Bereich der Medien zunächst die Abschaffung privater Eigentumsverhältnisse angesehen und im Verlags- und Zeitungsbereich in den 1940er und frühen 1950er Jahren exekutiert. (Vgl. Strunk 1996) Die »Presse neuen Typs« sollte konsequent im Dienst der revolutionären sozialistischen Politik stehen. Das Ideal unabhängiger Medien und eines öffentlichen Diskursraums, eines pluralistischen Forums der Meinungsbildung oder gar einer »Vierten Gewalt«, also einer Beobachtungsinstanz und einem kritischen Korrektiv von Politik und Gesellschaft, lag dem kommunistischen Politikverständnis völlig fern.

Vielmehr handelt es sich hier also um ein dezidiertes Gegenmodell liberaler Öffentlichkeit, dessen Formulierung im Kontext der Durchsetzung der modernen Massenpresse und später des Films und Hörfunks seit dem späten 19. Jahrhundert interpretiert werden muss. Die Entstehung eines politischen Massenmarktes und die daraus resultierenden zunehmenden Partizipationsansprüche und -chancen breiter Gesellschaftsschichten schlugen sich zu dieser Zeit in einem antimodernkulturkritischen Diskurs über »die Masse« nieder, wobei dieser Begriff

³ Der Satz stammt allerdings nicht von einem überzeugten Sozialisten oder Kommunisten, sondern von dem konservativen Publizisten und Gründungsherausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ), Paul Sethe, der sich wegen politischer Differenzen zunächst aus dem Herausgeberkreis der FAZ und später aus der Redaktion der *Welt* herausgedrängt sah; vgl. Leserbrief in: *Der Spiegel*, Nr. 19, 15. Mai 1965, 17–18; die zugrundeliegende Korrespondenz zwischen Fritz Erler und Paul Sethe ist dokumentiert in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 23 (1975), Heft 1, 91–116, hier 109.

als negative Chiffre des Prozesses von Vergesellschaftung fungierte. (Vgl. Berking 1984) Während die etablierten bürgerlichen und adligen Eliten um ihre Privilegien fürchteten und daher naheliegenderweise auf dessen Abwehr zielten, war die Position der revolutionären Bewegungen des frühen 20. Jahrhunderts darauf ausgerichtet, die Situation für ihre Interessen zu nutzen – immerhin waren sie selbst Teil und Ergebnis dieses Prozesses und betrieben die Ablösung der alten Eliten.

Die entstehende differenzierte Öffentlichkeit mit ihren zahlreichen Organen von der Parteipresse über lobbyistische Periodika bis hin zu kommerziellen Massenblättern stieß vor diesem Hintergrund allerdings weder bei den Konservativen noch den Sozialrevolutionären rechter oder linker Provenienz auf größere Sympathie. Aus Sicht der Letzteren ging es vielmehr darum, die neuen technischen Möglichkeiten, insbesondere die Chance massenhafter Verbreitung, optimal für die Propagierung und Durchsetzung der eigenen politischen Ziele einzusetzen. Zu einer wichtigen intellektuellen Referenz entwickelte sich dabei das einflussreiche Werk des französischen Arztes Gustave Le Bon, der 1895 mit einigem Gespür für den Zeitgeist seine *Psychologie der Massen* veröffentlicht hatte. Er vertrat darin nicht nur die These einer Entwertung des Individuums durch die Masse, sondern auch die Vorstellung einer hohen Beeinflussbarkeit größerer Gruppen durch Suggestionen. Diese Theorie wurde zur Grundlage der Annahmen über Propaganda und der darauf aufbauenden Strategien sowohl von rechten als auch linken politischen Führern und intellektuellen Vordenkern der revolutionären Bewegungen des frühen 20. Jahrhunderts wie Hitler und Lenin. Charakteristisch waren dabei die positive Bewertung von Techniken der Massenbeeinflussung und eine systematische Überschätzung ihrer Wirkung.

Im Einklang mit Le Bon und dessen Annahme einer geringen Aufnahme- und Abstraktionsfähigkeit der »Massen« ging auch Lenin davon aus, dass es darauf ankomme, einfache, immer wiederkehrende Formeln und Metaphern zu nutzen, um die revolutionäre Botschaft möglichst einprägsam und breit zu vermitteln. Jede Form von Meinungspluralismus könne dabei nur schädlich sein, da seiner Auffassung nach konkurrierende Meinungen die Wirksamkeit von Agitation und Propaganda einschränken würden. Bereits in seiner programmatischen Schrift *Was tun?* von 1902 forderte er die Schaffung einer zentralisierten Parteipresse, deren Anleitung eng an die Führung der Partei gebunden sein müsse. (Mühl-Benninghaus 2004, 108–109) Mit der Durchsetzung der »Partei Neuen Typs« und der Avantgarde-Konzeption mit den Bolschewiki als

Führungselite kam der Massenpresse endgültig primär die Rolle zu, dafür zu sorgen, dass die Massen sich ihrer revolutionären Kraft bewusst würden und den Umsturz aktiv herbeiführen sollten. Wenn sich Pluralismus, wie seinerzeit angenommen, hemmend auf die Entstehung von Klassenbewusstsein und den revolutionären Fortschritt auswirkte, lag es aus kommunistischer Sicht nahe, die inhaltliche Kontrolle der Medien der Weisheit des Kollektivs zu überantworten, mit anderen Worten: der Partei. Forderungen nach einer »freien Presse«, wie sie die Bolschewiki im zaristischen Russland vor 1914 stets erhoben hatten, waren strategisch bedingt und dienten dazu, überhaupt eine legale Parteipresse und Propaganda betreiben zu können. Nach 1917 kam es demzufolge in der Sowjetunion rasch zur Einschränkung der Pressefreiheit und wenig später zur umfassenden Unterordnung unter den Parteiapparat. (Ebd., 110–111) Die – utopische – Vorstellung, die Medien als »kollektiven Organisator« nutzen zu können, mit deren Hilfe die revolutionäre Transformation der Gesellschaft einerseits gesteuert werden sollte, sich andererseits aber auch »von unten«, quasi von selbst vollziehen sollte, wurde auch nach der Revolution keineswegs verabschiedet. Sie blieb bis zum Untergang der kommunistischen Regime Teil der offiziellen Medientheorie.⁴

Die Situation in der sowjetischen Zone Deutschlands nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war zunächst nicht von einer linearen Übernahme des sowjetischen Modells strikt kontrollierter und auf die Parteilinie verpflichteter Medien gekennzeichnet. In den ersten Jahren nach dem Krieg, als die politische Zukunft Deutschlands noch weitgehend offen war, die Alliierten gegenüber den Deutschen noch Wert auf den Eindruck von Geschlossenheit ihrer Politik legten und es vorwiegend um die Integration der Gesellschaft und die Legitimation der Besatzungsherrschaft ging, folgte die Medienpolitik in der sowjetischen Zone vielmehr dem Modell eines »kontrollierten Pluralismus«. Neben der offiziellen Position der sowjetischen Militärverwaltung (SMAD) und der deutschen Kommunisten ließ man damals auch noch Meinungen und Organe aus dem bürgerlichen Milieu und von Vertretern der Kirchen zu und war zugleich bemüht, den Eindruck von kommunistischer Dominanz zu vermeiden.⁵

⁴ Vgl. zur Widersprüchlichkeit des sozialistischen Masse-Begriffs Bartz 2005.

⁵ Dies lässt sich unter anderem an der Berufung vermeintlich unabhängiger, konsensfähiger Persönlichkeiten wie des Berliner Intendanten Max Seydewitz im Jahre 1946

Spätestens mit der offenen Zuspitzung des Kalten Kriegs ab 1947 kam diese Politik allerdings an ihr Ende. Rücksichtnahmen waren nun immer weniger vonnöten. Stattdessen stand die feste Integration der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) in den sowjetisch dominierten Block auf der Tagesordnung, was nicht nur die Anerkennung der sowjetischen Hegemonie einschloss, sondern darüber hinaus die Festlegung auf das sowjetische, seinerzeit stalinistisch geprägte sozialistische Modell. Dies hatte im Medienbereich einerseits inhaltliche Konsequenzen, zugleich aber auch unmittelbare strukturelle und personalpolitische Folgen. Verkürzt gesagt wurde nun das schon auf Lenin zurückgehende Konzept einer hochgradig zentralisierten Medienlandschaft, die inhaltlich eng an die Parteiführung gebunden sein sollte und konsequent im Dienste der revolutionären Politik stehen sollte, auf Deutschland übertragen.

Die medienpolitische Orientierung an der Sowjetunion lag dabei nicht nur aus Opportunität und Verpflichtung auf die »Klassiker« nahe, sondern schien auch angesichts der schwierigen politischen Lage geboten: Die Konstellation und der Konflikt des aufkommenden Kalten Kriegs wurde als Zuspitzung des Klassenkampfes interpretiert, und das geteilte Deutschland lag bekanntlich im Brennpunkt dieses Konfliktes. Das revolutionäre Bewusstsein musste nicht nur im westlichen Teil des Landes erst noch geschaffen werden, auch in der DDR war die legitimatorische Basis der SED-Spitze zunächst schwach. Nicht zuletzt galt es, die Verpflichtung auf den stalinistischen Moskauer Kurs gegen große innerparteiliche Widerstände insbesondere von Seiten ehemaliger Sozialdemokraten und Altkommunisten durchzusetzen. Die Parallelen zum vorrevolutionären Russland lagen auf der Hand: Auch hier war eine Avantgarde der Partei gezwungen, den Kampf gegen den Klassenfeind entschlossen aufzunehmen, »rückständiges Bewusstsein« zurückzudrängen und die Bevölkerung zur Erkenntnis ihrer »objektiven Bedürfnisse« zu führen. Liberale, pluralistische oder feingeistige Ansätze schienen dabei gänzlich fehl am Platze. Gerhart Eisler, Chef des Amtes für Information, das Anfang der 1950er Jahre vorübergehend für die zentrale Anleitung der Medien in der DDR zuständig war, meinte beispielsweise Ende 1949, man müsse »auf den Feind (...) schlagen«, notfalls auch »mit dem Holzhammer«. Notwendig seien die »ständige Wiederholung des Regierungsprogramms« sowie die permanente Propagierung von

Argumenten der Regierung »bei den verschiedensten Gelegenheiten«. ⁶ Die anhaltende Wirkung der von Gustave Le Bon entwickelten und von Lenin weiter verbreiteten Annahmen über Propaganda ist unübersehbar.

Die Übernahme der sowjetischen Konzeption von strikt parteilichen Medien lag in der DDR Ende der 1940er Jahre angesichts der aufgeheizten Stimmung des Kalten Kriegs und der legitimatorisch prekären Lage der von Moskau abhängigen Führung also gewiss nahe, aber problemlos umzusetzen war sie keineswegs. Vielmehr lassen sich die 1950er Jahre als permanenter Versuch beschreiben, funktionierende Strukturen und Anleitungsinstanzen zu schaffen. Nach der Gründung der DDR und dem Rückzug der sowjetischen Zensoren entstanden in schneller Folge immer neu zugeschnittene, zum Teil hierarchisch eng gestaffelte politische Anleitungsinstanzen, wobei sich zumindest anfangs die Parteiebene und die staatliche Ebene überlagerten. Kompetenzstreitigkeiten und kontraproduktive Wirkungen waren hier vorprogrammiert, und tatsächlich dauerte es noch bis zum Ende des Jahrzehnts, bis die Agitationsbürokratie der DDR ihre endgültige, nun deutlich an den Parteiparat gebundene Form gefunden hatte. (Vgl. Holzweißig 2002) Ähnliches gilt für strukturelle und personelle Fragen. Die gewachsenen Strukturen, etwa die regionale Gliederung des Rundfunks in Deutschland oder die hierarchische Struktur der Anstalten mit ihrer traditionell starken Stellung des Intendanten, wirkten noch lange nach und waren schwer zu brechen. Auch ließ sich die Kompetenz der erfahrenen, mehrheitlich parteilosen Mitarbeiter der Medien anfangs kaum ersetzen. Es dauerte, bis eine eigene Generation von Journalisten herangewachsen war, die die DDR-eigene Ausbildung durchlaufen hatte und das Ideal eines parteilichen Journalismus mehr oder minder internalisiert hatte. Am schwierigsten gestaltete es sich auf Dauer, die künstlerischen und dramaturgischen Abteilungen auf die politische Linie einzuschwören. Hier blieben Autonomiebestrebungen und unkontrollierbare Tendenzen immer virulent: Die Fernseh-dramatik müsse endlich aufhören, »ein Faktor zu sein, der den ganzen Betriebsablauf (...) immer wieder stört«, hieß es beispielsweise in einem internen Leitungspapier des Fernsehens von 1986. ⁷

ablesen, der den überparteilichen Anspruch des Rundfunks betonte, vgl. Classen 2004^a, 101.

⁶ Intendanten-Tagung am 21. und 22. November 1949; DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Schriftgut Hörfunk 1945/952, F 201-00-00/0001 (Protokolle der Intendanten- und Chefredakteurstagungen 1946–Juli 1950), Bl. 142–163, hier: Bl. 143 und 144.

⁷ Zitiert nach Wolff 2002, 225.

Es führte also kein gerader Weg vom Anspruch auf umfassende Politisierung und Kontrolle der Medien zu dessen Realisierung. Gleichwohl würde jedes Bild in die Irre führen, das die Schwierigkeiten und entgegengesetzten Tendenzen in den Mittelpunkt rückt. Im Nachhinein frapziert eher, wie rasch und umfassend (wenn auch nicht reibungslos) die Unterordnung zumindest der publizistischen Angebote unter die Kuratel der zuständigen Parteiinstitutionen trotz aller Hindernisse gelang. Während anfangs Repressionen und personelle Säuberungen von großer Bedeutung waren, dürften dabei später zunehmend Loyalitätsglaube und politische Überzeugung eine Rolle gespielt haben. Wer den Verhältnissen in der DDR kritisch gegenüberstand, kam ohnehin nicht auf die Idee, Journalist zu werden, ganz abgesehen davon, dass er auch kaum eine Chance dazu gehabt hätte.

Das Modell der parteilichen, für den Sozialismus kämpfenden Medien und des Deutungsmonopols der Partei blieb dem Anspruch nach bis zum Zusammenbruch der DDR bestehen. Das folgte der Systemlogik und war in den anderen Ländern des Ostblocks ähnlich, hing aber wohl nicht zuletzt auch damit zusammen, dass der Westen als Referenzgesellschaft in der DDR stets besonders präsent war, insbesondere durch die elektronischen Medien. Bis zuletzt leistete man sich mit dem *Schwarzen Kanal* eine Sendung, die ausgewählte politische Beiträge aus dem Westen aus quasi offizieller Parteisicht polemisch kommentierte. Insgesamt allerdings wandelte sich der Ton: Die ausfallenden Polemiken und Polarisierungen der 1950er und 1960er Jahre, die bisweilen von einer an Carl Schmitt gemahnenden Freund-Feind- und Vernichtungsrhetorik geprägt waren, verschwanden und wichen in den beiden letzten Jahrzehnten überwiegend dem Duktus einer sachlichen Nachrichtensprache – analog zur Politik der Détente und der Veränderung der deutsch-deutschen Beziehungen.

Die offensichtlichen Mängel und Alltagsprobleme in den 1980er Jahren haben auch bei Medienmachern Zweifel und Fragen ausgelöst, wie man entsprechenden Stellungnahmen vom Herbst 1989 entnehmen kann. Aber bis zu dieser Zeit blieb die Vorstellung mächtig, dass man das »Große und Ganze«, das übergeordnete Interesse, im Blick haben müsse, wovon individuelle und Detailkritik bestenfalls ablenke, während sie im schlimmeren Fall schaden und den Gegnern nützen könne. Noch Ende Oktober 1989 schrieb Karl-Eduard von Schnitzler, gewiss einer der profiliertesten Vertreter der parteilichen Medien, angesichts der drohenden Absetzung seiner bereits erwähnten Sendung *Der Schwarze*

Kanal an den eben ernannten neuen Generalsekretär Egon Krenz: »Das Feindbild ist notwendig, die Entlarvung im Klassenkampf zwingender denn je«. Nun auf das »Genre des kämpferischen Journalismus« zu verzichten, erschiene ihm als »Fortsetzung lebensgefährlicher Fehler.«⁸ Als der Vorsitzende des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB), Harry Tisch, in einer Sendung des DDR-Fernsehens zur gleichen Zeit offen zum Rücktritt aufgefordert wurde (und daraufhin von der Partei fallen gelassen wurde), konnte er nicht glauben, dass die überkommenen medialen Gesetzmäßigkeiten nicht mehr galten und sich hier erstmals ein unabhängiges und kritisches journalistisches Selbstverständnis artikuliert. (Vgl. Schuhbauer 2000, 180–189) Zeitlebens soll er nach den Urhebern einer, wie er meinte, innerparteilichen Intrige gesucht haben.

Die DDR-Medien und ihre Nutzer

Anfang der 1950er Jahre, in der Hochphase der Stalinisierung in der DDR, kritisierte ein Vertreter des Amtes für Information auf einer Tagung der Intendanten und Chefredakteure des Rundfunks mit ungewöhnlich harschen Worten das Wortprogramm des Rundfunks: Es sei »unter aller Kritik«, oft handele es sich um »unerträgliches Geschrei«, das sich bisweilen »über Stunden« erstrecke. Der Rundfunk müsse endlich »Massenverbundenheit« zeigen.⁹ Diese Kritik konnte sich breiter Zustimmung in der Bevölkerung sicher sein. In dieser Zeit stand der Rundfunk unter einem bis dahin ungekannten Politisierungsdruck, der zu zahllosen Programmänderungen, plötzlichen propagandistischen Einblendungen, ungekürzten Übertragungen von politischen Reden und damit insgesamt zu einem stetig steigenden Wort-Anteil führte. Die Kritik der Bevölkerung und die Abwendung von den eigenen Programmen sind in Hörerbriefen und anderen Dokumenten breit überliefert. (Vgl. Classen 2004^a, 279–289) Paradox mutet an den Appellen zur »Massenverbundenheit« lediglich an, dass es gerade das Amt für Information als Anleitungsinanz war, das eben diese unpopuläre Politisierung des Programms verlangt hatte und weiter forcierte, wie an der oben zitierten Äußerung Gerhart

⁸ BArch, Staatliches Komitee für Fernsehen, DR 8/628.

⁹ Protokoll der Intendanten- und Chefredakteurtagung, 15. August 1950; DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Schriftgut Hörfunk 1945–1952, F 201–00/00/0001; Bl. 22–143.

Eislers ablesbar ist. Zur Lösung des Problems setzte man dort daher auf die bewährten Techniken innerparteilicher Disziplinierung: systematische Kaderarbeit, ideologische Schulung und schonungslose Selbstkritik, offenbar ohne zu registrieren, dass man sich damit nur noch weiter von den Wünschen der Rezipienten entfernen konnte.

Ursächlich für dieses Paradoxon war ein ideologisches Axiom in Lenins Medientheorie, wenn nicht des Sozialismus insgesamt. Demzufolge gab es ein objektives, homogenes Interesse des Proletariats, das durch die Partei verkörpert werde. »Massenverbundenheit« und »Parteilichkeit« der Medien konnten demzufolge keine Gegensätze sein, sondern mussten, zumindest wenn die Verantwortlichen alles richtig machten, zusammenfallen. In dieser Phase des noch ungebrochenen Glaubens an den »Aufbau des Sozialismus« war die Parteiführung offenbar nicht in der Lage, sich einen Widerspruch zwischen ihrem eigenen Interesse politisch unterstützender und konsonanter Medieninhalte und den Ansprüchen der Rezipienten auch nur vorzustellen. Demzufolge immunisierte man sich gegen letztere, unter anderem mit Hilfe des Diktums, eine Orientierung sei nur an den »fortschrittlichen Hörern« möglich. Damit zählten allenfalls noch jene Hörer, die den Kurs der Partei prinzipiell mittrugen.

Eine solche Abschottung der politischen Klasse gegen die Gesellschaft konnte auf Dauer allerdings kaum folgenlos bleiben. Die Quitting erhielt die Regierung am 17. Juni 1953, als eine Protestwelle das Land überzog und der Erhalt der Macht bekanntlich nur mit Hilfe sowjetischer Panzer gesichert werden konnte. Das Ereignis zeitigte nicht zuletzt unmittelbare Konsequenzen auch für die Medienpolitik: Die Medien gestanden öffentlich Fehler ein, die Zentralisierung des Rundfunks wurde teilweise zurückgenommen und eine stärkere Orientierung an den Wünschen der Bevölkerung versprochen. Tatsächlich bewirkte dieser »Lernschock«, dass die Ansprüche der Rezipienten an die Medien in den folgenden Jahrzehnten nie wieder in diesem Maße ignoriert wurden wie in den Jahren vor dem Volksaufstand. Charakteristisch war von nun an eine Balance zwischen den politisch-instrumentellen Erwartungen der Parteispitze und den Bedürfnissen der Bevölkerungsmehrheit, wobei das Pendel zyklisch mal mehr in die eine oder andere Richtung ausschlug.

Wie aber sahen diese Erwartungen an die Medien aus? Gewiss sind sie nicht ganz leicht zu fassen, weil wir nur über fragmentarische Quellen verfügen, deren Repräsentativität häufig fraglich ist. Zudem gibt es darauf keine allgemein gültige Antwort, die für den Zeitraum von 40 Jahren,

verschiedene Medien und unterschiedliche Bevölkerungsgruppen gleichermaßen Gültigkeit beanspruchen könnte. Gerade vor diesem Hintergrund ist allerdings überraschend, wie konstant und deutlich sich zumindest für die audiovisuellen Medien eine Präferenz für leicht konsumierbare Unterhaltung abzeichnet. Bereits in den 1950er Jahren brachte die Gewerkschaftsleitung eines Großbetriebes die Quintessenz der Forderungen auf den Punkt: »Die Hauptforderung ist: Mehr Musik, weniger reden.«¹⁰ Wie ein roter Faden ziehen sich die Wünsche nach »leichter Musik« durch die Hörerpost und die entsprechenden Befragungen. Hoch im Kurs standen ferner »unpolitische« satirisch-unterhaltende Wortsendungen sowie Hörspiele, sofern es sich nicht um Wiederholungen oder literarisch allzu anspruchsvolle Produktionen handelte.

Überwiegend auf Desinteresse oder gar Ablehnung stießen dagegen die politisch orientierten Wortprogramme. Verglichen mit Unterhaltungsprogrammen wurden sie relativ wenig gehört und klar negativer beurteilt.¹¹ Auch die Versuche, das Niveau von Bildung und Ästhetik mit Hilfe einschlägiger hochkultureller Beiträge zu heben, waren eher unpopulär. Dieser Trend setzte sich in den 1960er bis 1980er Jahren ungebrochen im Fernsehen fort, das sukzessive das Radio als führendes Medium abgelöst hatte. Bereits 1966 stellte die Abteilung Agitation beim Zentralkomitee der SED fest, dass bei den Fernsehzuschauern Krimis, Sport, Spielfilme und Unterhaltungsshows am beliebtesten seien, und an diesen Präferenzen änderte sich auch in den 1980er Jahren nichts Wesentliches. Allenfalls wendeten sich die Zuschauer nun noch stärker als bisher von den »harten« politischen Angeboten ab: Jedenfalls sank die Sehbeteiligung der Hauptnachrichtensendung *Aktuelle Kamera* von rund 15 Prozent in den 1970er Jahren im folgenden Jahrzehnt auf Werte um nur mehr 10 Prozent, *Der schwarze Kanal* lag noch weit darunter. (Meyen 2003, 73–101) Auch den überbordenden Politikteil der (Partei-)Presse scheint vor allem die relativ schmale Gruppe der systemnahen Eliten goutiert zu haben, die auf Kenntnis der aktuellen Parteilinie angewiesen waren. Die

¹⁰ Forderung der Belegschaft des Fernmeldewerks Dresden; Gewerkschaftsleitung an das Staatliche Komitee für Fernsehen, 23. Juli 1953; BAArch, DR 6/193.

¹¹ Nach einer empirischen Umfrage unter Radio-DDR-Hörern aus dem Jahr 1957 waren Musikwunsch-Sendungen mit Einschaltquoten bis zu 55 Prozent und Beurteilungsquoten zwischen 1,5 und 1,8 am beliebtesten. Die politischen Tageskommentare schalteten demnach etwa 20 Prozent der Befragten ein, sie wurden mit einer Note von 2,2 auch deutlich schlechter beurteilt; Untersuchung 630/6 der Abteilung Hörerforschung vom 7./8. Oktober 1957; BAArch, DR 6/559.

Mehrheit interessierte sich eher für den Lokalteil oder die illustrierten Zeitschriften, bei denen die Nachfrage das Angebot stets weit überstieg. (Ebd., 103 ff., 137 ff.) Bestätigt wird dieser Trend schließlich durch den Kinobesuch. Erfreuten sich bis 1961 die sogenannten Grenzkinos (nahe an der Sektorengrenze gelegene Kinos im Westteil Berlins) besonderer Beliebtheit, so fanden in den 1980er Jahren westliche Blockbuster offiziell den Weg in die DDR-Kinos und führten dort die Zuschauerstatistiken an. Die anspruchsvollen DEFA-Produktionen gehörten zwar häufig zum Pflichtprogramm von Schulen und Massenorganisationen, konnten mit den Zuschauerzahlen der West-Produktionen aber trotzdem nicht ansatzweise konkurrieren.

Das primäre Interesse an Unterhaltung und Entspannung scheint im Übrigen auch die Nutzung der audiovisuellen Westmedien strukturiert zu haben. »Die große Mehrheit der DDR-Bürger hat auch von Programmen aus der Bundesrepublik vor allem unpolitische Unterhaltung erwartet«, schreibt der Münchener Kommunikationswissenschaftler Michael Meyen, der die Mediennutzung in der DDR umfassend analysiert hat und dazu nach dem Ende der DDR unter anderem circa 100 medienbiografische Interviews geführt hat. (Ebd., 89) Gefragt waren auch hier vor allem Krimis, populäre Spielfilme, Shows und Musiksendungen sowie Sport. Diese Programmangebote wurden gezielt aufgesucht, und man holte sie sich dort, wo man sie finden konnte. Der Mehrzahl der DDR-Bürger war es dabei insbesondere in den 1970er und 1980er Jahren relativ gleichgültig, ob sie dabei auf den eigenen Stationen oder denjenigen aus der Bundesrepublik fündig wurden. Eine Ausnahme bilden dabei allerdings die Zeiten spektakulärer Systemkrisen, wie beispielsweise die Ereignisse im Juni 1953, in Ungarn 1956, in Prag 1968 oder die finale Krise im Herbst 1989. Hier entwickelten die Ereignisse eine eigene spannende Dramaturgie, so dass in solchen Zeiten die Informationsangebote den Unterhaltungssendungen in der Gunst der Nutzer den Rang abliefen. Für diese außergewöhnlichen Zeiten stimmt dann gewiss auch die etablierte Vorstellung von einer »Zweiten (politischen) Öffentlichkeit«, die durch die Westmedien konstituiert worden sei. Zuverlässige Informationen waren in diesen Zeiten hoch gefragt, aus den DDR-Medien jedoch entweder gar nicht oder nur mit großer Verzögerung zu bekommen. (Vgl. Hertle 2004)

Die These von der »allabendlichen kollektiven Ausreise« oder gar einer ganz überwiegenden Ablehnung der DDR-Medien durch die eigene Bevölkerung, wie sie nach 1990 häufig vertreten worden ist, wird man

gleichwohl in dieser Pauschalität nicht aufrechterhalten können. Dort, wo die eigenen Angebote den beschriebenen Präferenzen der Nutzer entgegenkamen, erfreuten sie sich durchaus großer Beliebtheit. Anders wäre wohl auch der bis in die Gegenwart anhaltende Erfolg einschlägiger Wiederholungen von Spielfilmen und Unterhaltungsshow in den ostdeutschen Regionalprogrammen kaum denkbar.

Die Nutzer legitimierten ihr Unterhaltungsbedürfnis typischerweise mit den Anstrengungen der Arbeit und der Notwendigkeit von Regeneration. Wer so hart arbeite wie man selbst, so der Tenor vieler Äußerungen, habe das Recht, abends nicht mit komplizierten politischen Wortbeiträgen behelligt zu werden.¹² Der Redakteur Alfred Duchrow fasste 1950 die diesbezüglichen Ergebnisse einer schriftlichen Befragung von 1.000 Beschäftigten des Elektroapparatewerkes Treptow mit folgenden Worten zusammen:

»Die Fabrikarbeiter und auch die Angestellten – ich registriere hier nur, ohne zu werten – wollen nach 20 Uhr überwiegend Musik, Unterhaltungsmusik hören und behaupten, sie seien körperlich nicht mehr in der Lage, größere Wortkomplexe in sich aufzunehmen und sich ernsthaft und gründlich mit politischen Problemen zu befassen.«

Man kann annehmen, dass diese Tendenz zum Eskapismus insgesamt typisch für hochgradig industrialisierte und arbeitsteilig organisierte Gesellschaften ist. Jedenfalls fällt auf, dass sich die beschriebenen Präferenzen nicht nennenswert von denjenigen unterscheiden, die sich für die gleiche Zeit aus Umfragen und Nutzungsdaten in der Bundesrepublik und in anderen westlichen Industriestaaten ableiten lassen. Prägend für die Mediennutzung war demnach in erster Linie die soziale Alltagsrealität, die systemübergreifend mehrheitlich ein Bedürfnis nach Entspannung und Ausgleich verbunden mit einem »als notwendig empfundenen Minimum an Nachrichten und Informationen« (Schildt 1995, 235) evozierte, sowie ein gewisser Bedarf an Lebenshilfe und Orientierung, der typischerweise von Service-Sendungen gedeckt wird. Das politische System spielte dabei augenscheinlich allenfalls eine nachrangige Rolle.

¹² Protokoll der Rundfunk-Tagung anlässlich des fünfjährigen Bestehens des Deutschen Demokratischen Rundfunks, 11./12. Mai 1950.

Wie eingangs angesprochen, ist es schwierig, über den langen Zeitraum und für die gesamte Gesellschaft der DDR ein einheitliches Bild der Nutzungspräferenzen zu zeichnen. Zwei Differenzierungen sollen daher hier abschließend in der gebotenen Kürze mehr angedeutet als ausgeführt werden. Erstens scheint die Selbstverständlichkeit, mit der ein großer Teil der DDR-Bevölkerung östliche und westliche Radio- und Fernsehprogramme nebeneinander und komplementär nutzten, im Laufe der Zeit zugenommen zu haben. Das hat zum einen mit verbesserten Empfangsbedingungen zu tun, auch weil Störung westdeutscher Radiosender 1978 eingestellt wurde. Von Bedeutung wird aber auch gewesen sein, dass die politische Ächtung und die angedrohten Sanktionen spätestens 1973 an Schärfe verloren, als Erich Honecker 1972 seinen auf der 9. Tagung des ZK der SED den berühmten Halbsatz äußerte, jeder könne das westdeutsche Fernsehen »nach Belieben ein- und ausschalten«. (Zitiert nach Geserick 1989, 395–396)

Zweitens zeigten die jüngeren Alterskohorten eine deutlich größere Distanz zu den DDR-Medien und ließen umgekehrt auch eine größere Affinität zu den westlichen Angeboten erkennen. Dieser schon länger erkennbare Trend nahm in den 1980er Jahren noch deutlich zu. Die Nutzung westlicher Programme durch Jugendliche hing dabei eng zusammen mit dem Interesse an westlicher Jugendkultur, die sich, aus den USA und England kommend, – allen konservativen und ideologischen Vorbehalten zum Trotz – zunächst in der Bundesrepublik und dann auch in der DDR seit den 1950er Jahren in mehreren Wellen verbreitete. Das typisch jugendliche Interesse an generationeller Distinktion fand hier einen Resonanzraum, dem das sozialistische Konformitäts- und Kollektivideal wenig entgegenzusetzen hatte. Darauf wird noch zurückzukommen sein.

Wechselwirkungen: Medienpolitik und Gesellschaft

Bilanziert man die bisherigen Ausführungen, so zeigt sich ein deutlicher Interessengegensatz zwischen den ursprünglichen Ansprüchen der Parteiführung, die Medien in ihrem Sinne zum Instrument der Gesellschaftstransformation zu machen, und den Bedürfnissen breiter Kreise der Gesellschaft, die mit dem Medienkonsum mehrheitlich »eigene« Interessen verbanden, sei es das Bedürfnis nach Entspannung oder individueller Distinktion. Im Zusammenhang mit dem 17. Juni 1953 ist bereits

angeklungen, dass die politische Überdetermination an Grenzen stieß und die Medienpolitiker zumindest auf Dauer keineswegs ohne Rücksicht auf die Bevölkerung agieren konnten. Auf lange Sicht lässt sich vielmehr eine Tendenz konstatieren, den gesellschaftlichen Ansprüchen immer mehr nachzugeben. Besonders seit den 1970er Jahren kamen umfassende Unterhaltungsangebote und in den 1980er Jahren angekaufte westliche Spielfilme ins Programm. Die Medienpolitik folgte somit im Prinzip der generellen Linie der Honecker-Ära, durch Ausweitung der Konsummöglichkeiten die Loyalität der Bevölkerung zu sichern.

Damit war indes keineswegs die offizielle Aufgabe der politischen Funktion oder gar ein Eingeständnis des Scheiterns der zugrundeliegenden ideologischen Postulate verbunden. Stattdessen wurde die »harte Politik« einerseits auf bestimmte »Programminseln« konzentriert, andererseits flossen die »richtigen« sozialistischen Normen und Werte mehr oder minder implizit in die populäreren Angebote ein. Der Grundwiderspruch der DDR-Medien blieb so trotz aller Zugeständnisse gleichwohl bestehen. Vergleichbar hielt es die SED mit dem Westempfang. Für den größten Teil der Bevölkerung wurde er immer mehr zur Normalität, zugleich blieb die Lehre von seinem prinzipiell klassenfeindlichen Charakter und dem vermeintlichen Ziel der bundesrepublikanischen Medien, die DDR »ideologisch zu unterwandern« unverändert bestehen. Die Erosion des Abgrenzungsdiskurses konnte dies nicht aufhalten. In den 1980er Jahren setzten Hausgemeinschaften die Errichtung von Gemeinschaftsantennen und sogar Satelliten-Empfangsanlagen zum Empfang des Westfernsehens durch und erhielten dabei Unterstützung von lokalen Instanzen. Im Sommer 1988 wusste sich das Politbüro angesichts der Zunahme einschlägiger Anträge nicht mehr anders zu helfen als eine Regelung passieren zu lassen, die »praktisch auf eine völlige Liberalisierung bei Genehmigungsverfahren für Satellitenanlagen« hinauslief. (Holzweißig 1997, 171) Wer aus Überzeugung vom feindlichen Charakter der Westmedien die Unterschrift unter den Antrag auf Gemeinschaftsanlagen verweigerte, sah sich nicht selten massivem Druck durch die Hausgemeinschaft ausgesetzt. Der Abgrenzungsdiskurs war gescheitert, und die Forderung nach »Westempfang für alle« hatte sich durchgesetzt. Vielleicht war es mehr als Zufall, dass die offizielle Durchsetzung der medialen »Reisefreiheit« der realen zeitlich vorausging.

Da der prinzipielle Gegensatz zwischen der ideologisch determinierten Funktion der Massenmedien beim Aufbau des Sozialismus und den Bedürfnissen der Rezipienten nicht aufhebbar war, führte – wie

bereits angedeutet – kein gerader Weg zu solchen Zugeständnissen an die Gesellschaft. Jedenfalls blieb die stärkere Unterhaltungs- und Westorientierung stets umstritten. Bereits im September 1953 hatte das Politbüromitglied Fred Oelßner auf einer ZK-Tagung der »falschen Tendenz« eine Absage erteilt, »nunmehr nur auf Unterhaltung bedacht zu sein«, während zugleich »die Propagandaaarbeit (...) im Funk fast verschwunden« sei. Vielmehr müssten »auch die Musiksendungen in geschicktester Weise unserem großen Kampfe dienen«. ¹³ Spätestens 1955, im Zuge der militärischen Einbindung der beiden Staaten in die jeweiligen Blöcke, schlug das Pendel zurück. Von nun an stand wieder die politische Nützlichkeit der Medien im »Kampf für die nationale Wiedervereinigung«, bei der »Herausbildung des Klassenbewußtseins« und der »Festigung unserer Arbeiter- und Bauernmacht« im Vordergrund. ¹⁴ Dies schloss den »schärfste[n] Kampf gegen die amerikanische Unkultur auf allen Gebieten« ein, also erneut die dezidierte Abgrenzung vom Westen. ¹⁵

Die Ambivalenz von Abgrenzung und Assimilierung blieb nach 1953 kennzeichnend, und sie schlug sich in der DDR in einer Politik nieder, die zwischen beiden Polen lavierte. Je nach politischer Großwetterlage, aktuellen Krisen und dem jeweiligen Einfluss »liberaler« oder »harter« Fraktionen öffneten sich die Medien für eine an westlichen Quellen orientierte Unterhaltungskultur, um sich ihr kurz darauf, meist unter Berufung auf die vermeintliche Unterminierung der »wahren« Werte des Sozialismus, wieder zu verschließen. Die repressiven Einschnitte fielen dabei regelmäßig mit Systemkrisen zusammen, so Anfang 1957, als nach dem Aufstand in Ungarn Formen westlicher Unterhaltungskultur erneut massiv unter Beschuss gerieten und gewissermaßen als Kompromiss im Rundfunk eine feste Quotierung von 60 zu 40 Prozent für »volksdemokratische« und westliche Musik eingeführt wurde. Ähnlich verhielt es sich einige Jahre später, als auf dem 11. Plenum des ZK der SED vom Dezember 1965 der Versuch abgebrochen wurde, der Gesellschaft gewisse Eigendynamiken zuzugestehen. Abermals standen dabei die Kulturpolitik und speziell die »vom Imperialismus manipulierte

Medienunterhaltung« ¹⁶ sowie »die widerwärtige Nachäfferei des würdelosen seichten kapitalistischen Vergnügungsrummels« ¹⁷ im Zentrum der Kritik. Letztlich befanden sich die Medienpolitiker in der DDR in einer Zwickmühle. Die in unregelmäßigen Abständen immer wieder propagierten Tendenzen zur Abgrenzung und zur Besinnung auf die »reine Lehre« führten im Hinblick auf die gesellschaftlichen Bedürfnisse nicht weiter. Sie provozierten unweigerlich die Frage nach den eigenen, sozialistischen Alternativen. Theoretisch war sie leicht zu beantworten, denn »in den Händen eines imperialistischen Staates dient selbstverständlich auch jede Form von Unterhaltung dem Zweck, die in ihm herrschende rückständige Ideologie in jedes Haus zu tragen und die Köpfe gegen fortschrittliches Gedankengut zu immunisieren«. Dagegen hätten die Medien »in den Händen des Arbeiter und Bauernstaates« genau die gegenteilige Aufgabe, nämlich »das Bewußtsein der Menschen von den Fesseln rückschrittlicher, über Jahrtausende dem Menschen eingetrichterter Anschauungen zu befreien«. ¹⁸ In der Praxis allerdings erwies sich die Entwicklung von erfolgreichen sozialistischen Alternativen trotz einschlägiger Experimente als außerordentlich schwierig. In den Akten häufen sich die Klagen, dass die Praxis hinter den Abgrenzungsanstrengungen zurückbleibe. Man habe »trotz vieler Anläufe noch nicht das uns eigene, unverwechselbar sozialistische Gesicht unserer Unterhaltung gefunden«, hieß es beispielsweise Anfang der 1970er Jahre. ¹⁹

Erfolgreicher war auf Dauer jene Strategie, die auf einen offensiven Umgang mit der Herausforderung durch die Westmedien setzte. Ein solches Beispiel ist die Etablierung des Jugendradios DT64, das – zunächst nur als Festivalradio für das Deutschlandtreffen 1964 gedacht – auf die Verbindung von westlicher Popmusik mit den »richtigen« politischen Parolen setzte und sich bald großer Beliebtheit erfreute. Ähnliches ließe sich über das ebenfalls in der Phase kultureller Liberalisierung nach dem Mauerbau entstandene Magazin *Prisma* sagen, das sich konzeptionell

¹³ Zitiert nach: »Einige Schlußfolgerungen für die Programmgestaltung«; Beschlussvorlage Nr. 42/55 des Staatlichen Rundfunkkomitees, ohne Datum (Oktober 1955), in: BA DR 6/4.

¹⁴ So die Formulierungen der Programmkommission in ihren Vorschlägen zur Neuprofilierung der Rundfunk-Programme ohne Datum (1955), in: BA DR 6/3.

¹⁵ Ebd., 2.

¹⁶ So Erich Honecker in seinem Bericht des Politbüros an das 11. Plenum des ZK der SED; zitiert nach Wiedemann 1994.

¹⁷ Albert Norden 1965: »Dialog mit Dir«. In: FF 20 (1965), Nr. 3, 2.

¹⁸ Sozialistische Kultur über den Äther, o. J. (circa 1960), in: SAPMO-BA DY 30/IV 2/902/84, Bl. 78–82.

¹⁹ Christa Fischer 1972: »Hauptaufgabe: Realistische Darstellungen unseres sozialistischen Alltags. Mitstreiter der Arbeiterklasse. Gedanken und Fragestellungen aus der Diskussion auf dem II. Kongress des Verbandes der Film- und Fernseh-schaffenden«. In: FF dabei 27 (1972), Nr. 21, 42–43.

an den zeitkritischen bundesrepublikanischen Magazinen *Report* und *Panorama* orientierte und rasch zu einer der beliebtesten Sendungen des DDR-Fernsehens avancierte. Freilich bewegten sich derartige Sendungen an den diskursiven Grenzen des Systems und provozierten demzufolge notorisch Interventionen des Parteiapparates. (Vgl. Steinmetz; Viehoff 2008, 260–261) Problematischer musste aber erscheinen, dass schon die Übernahme westlicher Spielfilme und Musiktitel die Frage aufwarf, warum man selbst sende, was man in den Westmedien entschieden ablehne. Einerseits kopierte und übernahm man westliche Formate, andererseits brandmarkte man sie noch in den 1980er Jahren als Instrumente gesellschaftlicher Manipulation und subkutaner Diversion gegen die DDR. Hier ist die für die letzten beiden Jahrzehnte der DDR so typische Tendenz greifbar, eine von realpolitischen Kompromissen bestimmte Politik zu praktizieren, ohne sich von den längst obsoleten ideologischen Formeln zu distanzieren. Erst recht verwischte jenseits der politischen Ausrichtung die Adaption westlicher Formate langfristig jede Distinktion, weil dadurch subkutan deren Genres, ihre narrativen, dramaturgischen und ästhetischen Formen übernommen und zum selbstverständlichen Teil der eigenen Medienkultur gemacht wurden.²⁰ Selbst und gerade die vermeintlich offensiven und erfolgreichen Auseinandersetzungen mit den Medien des »Klassenfeindes« trugen so letztlich dazu bei, deren kulturelle Normen in der DDR zu etablieren.²¹

Die hier skizzierten Wechselwirkungen zwischen Medienpolitik und Nutzungsinteressen beinhalten mehr oder minder explizit die – zunehmende – Präsenz der audiovisuellen Westmedien als zentralen Aspekt des »Mediendispositivs« DDR, auch wenn die Veränderung des Medienensembles und der technischen Bedingungen etwa im Übergang von der Mittelwellen- zur UKW-Technologie durchaus eine detaillierte Betrachtung wert wären. So steht beispielsweise die Einstellung der Störsender 1978 im Zusammenhang ebenso mit der Durchsetzung der UKW-Technologie mit seiner gegenüber Mittelwelle-Rundfunk vergleichsweise geringen Reichweite wie mit der insgesamt schwindenden Bedeutung des Radios gegenüber dem Fernsehen. Die Übernahme westlicher Musik und

Filme in die eigenen Programme folgte gewiss primär der Nachfrage, dürfte aber auch mit Produktionslogiken zusammengehangen haben, weil sich der Bedarf an Programmen durch die schnelle Ausweitung der Programmflächen besonders beim Fernsehen allein durch Eigenproduktionen auf Dauer nicht decken ließ. Die Beispiele mögen nur andeuten, dass die Veränderungen im Medienensemble, die sich ändernden technischen Möglichkeiten sowie eigendynamische Entwicklungstendenzen der Medien und die damit verbundenen ökonomischen Probleme ebenfalls zu den Faktoren gehören, die die Entwicklung bestimmten und massive Rückwirkungen nicht zuletzt auf die Politik zeitigten.

Fazit: Medien zwischen Politik und Konsum

Betrachtet man das Verhältnis von Medien, Politik und Gesellschaft in der DDR in seinem 40-jährigen Verlauf, bleibt in der Praxis wenig übrig von totalitarismustheoretischen Vorstellungen einer »stillgestellten« Gesellschaft und der erfolgreichen Unterordnung der Medien unter die Herrschaftsinteressen des Regimes. Fast könnte man im Gegenteil konstatieren, dass die Politik hier sukzessive vor den Interessen der Gesellschaft zurückgewichen ist. In jedem Fall hat ein zäher Aushandlungsprozess stattgefunden, an dessen Ende der Anspruch auf Kontrolle der öffentlichen Meinung ebenso gescheitert ist wie die rigide Abgrenzung vom Westen.

Bereits unmittelbar nach der Wende konnte man besonders aus dem Mund beteiligter westlicher Journalisten die bis heute virulente Meinung hören, der Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft in Osteuropa sei maßgeblich auf ihre anhaltende Tätigkeit der politischen Aufklärung zurückzuführen. Sender wie Radio Free Europe, der Deutschlandfunk oder die öffentlich-rechtlichen Fernsehsender der Bundesrepublik hätten demnach das Meinungsmonopol der kommunistischen Parteien durchbrochen und eine kritische Gegenöffentlichkeit erzeugt, die die Legitimität der Herrschaft letztlich unterminiert habe. Dagegen hat Axel Schildt darauf aufmerksam gemacht, dass die bundesrepublikanischen Medien bereits in den 1960er Jahren ihren gesamtdeutschen Anspruch faktisch aufgegeben haben und sich – von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen – zunehmend auf die eigene Gesellschaft

²⁰ Andreas Fickers vermutet ironischerweise eben in solchen Versuchen, eine fremde Kultur gewissermaßen »mit ihren eigenen Waffen zu schlagen« den eigentlich erfolgreichen Vollzug des Prozesses kultureller Assimilierung, sozusagen hinter dem Rücken der Akteure; vgl. Fickers 2009.

²¹ Vgl. dazu auch die Beispiele für das Kino bei Lindenberger 2004, 43.

konzentriert haben.²² Auch dementieren die Nutzungspräferenzen diesen posthumen Mythos des Kalten Krieges, der nur ein weiteres Mal die Überschätzung der Politikberichterstattung in den Medien perpetuiert.

Der Prozess der Medialisierung hat nicht nur, wie eingangs angesprochen, politische Konsequenzen gehabt und die Entstehung der modernen politischen Massenbewegungen erst ermöglicht. Er brachte vielmehr auch im sozialen, lebensweltlichen Bereich grundlegende Veränderungen mit sich. In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden in ganz Westeuropa mit nur geringen zeitlichen Unterschieden Konsumgesellschaften, eine »sozialhistorische Revolution« (Josef Mooser), die eng mit dem Medialisierungsprozess, insbesondere der Durchsetzung des Fernsehens, aber auch der Entwicklung der Boulevardpresse, der Illustrierten und des Kinos verbunden war. Die Zunahme an Freizeit seit den 1960er Jahren konnte mit Medienkonsum gefüllt werden – und wurde es häufig auch.

Vor allem aber boten die konsumistischen Überflusgesellschaften neue Möglichkeiten der Konstruktion von Individualität, dem »entscheidende[n] Kennzeichen der Moderne«. (Wirsching 2007, 17) Die Möglichkeit der Auswahl, das Versprechen der individuellen Aneignung und Verfügung über Dinge, Zeit und Raum und die damit verbundene Sinngebung waren von hoher Attraktivität. Die Tendenzen zur Individualisierung in der sogenannten Postmoderne beruhen maßgeblich auf diesen Distinktionen durch Konsum. Die Massenmedien entwickelten sich vor diesem Hintergrund rasch in dieselbe Richtung: Auch sie präsentierten einen erheblichen Teil ihrer Inhalte als Versprechen individueller Erlebnisse, Bedürfnisbefriedigung und Projektionsfläche von Sehnsüchten und begannen definierte Zielgruppen anzusprechen. Gut ablesbar ist dies an der Entstehung spezifischer jugendkultureller Subkulturen, die über Medien wie Mode, Tonträger und den (kommerziellen) Rundfunk ihren Weg aus dem anglo-amerikanischen Raum zunächst in die übrigen westeuropäischen Länder und von dort mit meist nur geringer zeitlicher Verzögerung auch in die Länder des Ostblocks nahmen.²³

Zu Recht ist darauf hingewiesen worden, dass dies für die DDR eine immense Herausforderung bedeutete, weil sie den Status einer echten Konsum-, das heißt Überflusgesellschaft nie erreichte. (Wirsching 2007, 17) Auch lag ihr Kollektivitätsideal erkennbar quer zu den Individualisierungs- und Distinktionsbedürfnissen besonders der letzten jugendlichen Alterskohorten, und der durch kommerzielle Interessen beförderten Dynamik und Kreativität kultureller Trends konnte ihr bürokratischer Kulturapparat nur wenig entgegensetzen. Honeckers »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« einschließlich der damit verbundenen Anerkennung der medialen Unterhaltungsbedürfnisse kann als keineswegs völlig erfolgloser Versuch interpretiert werden, sich diesen Entwicklungen mit den Mitteln der DDR zu stellen. Diese Politik der Anpassung barg aber nicht nur die offensichtliche Gefahr, dennoch hinter dem Westen zurückzubleiben, zugleich unterminierte sie durch Übernahme der westlichen Maßstäbe die eigene »sozialistische« Identität und evozierte auf Dauer die Frage, wozu man überhaupt noch einen sozialistischen Staat auf deutschem Boden brauchte.²⁴

Die Bedeutung der westlichen Medien nicht nur für die Entwicklung in der DDR, sondern für den Zusammenbruch des gesamten Ostblocks darf daher nicht unterschätzt werden. Sie lag aber nicht primär in der Konstitution einer politischen Gegenöffentlichkeit begründet, sondern in ihrer Entwicklung zu Agenturen der liberalen Konsumgesellschaft. Man mag diese Entwicklung durchaus nicht als unideologisch oder gar unpolitisch bezeichnen, aber die Entstehung westlicher »Medienkonsumgesellschaften« und ihre Wirkung auf die sozialistischen Gesellschaften folgte eben nicht einer intentionalen Strategie, sondern muss als Teil der kontingenten Entwicklung des Medialisierungsprozesses angesehen werden.

²² Vgl. Schildt 1998; interessanterweise gilt das im Prinzip auch für die politische Berichterstattung zur »Deutschen Frage«, vgl. von Hodenberg 2009.

²³ Vgl. *Zeitgeschichte online*, Thema: *Pop in Ost und West. Populäre Kultur zwischen Ästhetik und Politik*, hrsg. von Árpád von Klimó und Jürgen Danyel, April 2006, <http://www.zeitgeschichte-online.de/md=Pop-Inhalt>, aufgerufen am 16. Juni 2009.

²⁴ So auch der Tenor bei Larkey 2007.